

erworben haben. In dieser Gegend soll die Gesellschaft bereits die heimischen Geschäftsmagnaten an sich gefesselt haben.

Wir sehen also eine eifrige Geschäftstätigkeit zur wirtschaftlichen Durchdringung der Mandschurei. Ob alle Pläne durchführbar sind, ist nicht abzuschätzen.

So stoßen z. B. im Bohnenhandel die Japaner auf den Widerstand der Chinesen, die sich zum Boykott gegen die Japaner zusammengeschlossen haben; allerdings erst, nachdem diese ihre früheren Lieferungsverträge bei der im Juli einsetzenden wilden Haufe rücksichtslos ausgenutzt hatten, sodaß eine Anzahl chinesischer Händler mit etwa 3 Mill. \$ Verlust zusammenbrach und die Produktienbörse in Wairen mehrere Tage geschlossen werden mußte.

Ebenso hat England die drohende völlige Verdrängung der englischen Firmen aus dem Bohnenhandel dadurch verhindert, daß es für die Bohnen-, bzw. Bohnenoleinfuhr den Einkauf durch englische Firmen zur Bedingung machte.

*

Im ganzen genommen sehen wir also ein großes System von verwaltungs-, verkehrs-, finanz- und militärpolitischen Maßnahmen und wirtschaftlicher Expansion, um die Mandschurei ganz von Japan abhängig zu machen.

So liegt der Gedanke nahe, daß die Unabhängigkeitserklärung Kirins den Anlaß geben wird, um die Angliederung der Mandschurei endgültig zu vollziehen. Wenn auch Schit offiziell erklärte, daß Japan territoriale Ziele in China nicht verfolgt, so ist anzunehmen, daß die Mandschurei im Verträge mit Amerika bereits nicht mehr zu China gerechnet und daß amerikanischer Widerstand daher nicht zu erwarten ist. England hat wohl längst Japan diese Konzession gemacht und andere Mächte brauchen zurzeit nicht berücksichtigt zu werden.

Ebenso ist es als sicher anzunehmen, daß Japans Ansprüche auf Kiautschau und Schantung von Amerika anerkannt sind. Ob es ihm gelungen ist, für seine Sonderstellung in Amoy (Fukien) gegenüber Formosa Zusagen zu erhalten,

bleibt fraglich. Um das Bild der territorialen Ziele Japans in China vollständig zu machen, muß an den Erwerb Macaos von Portugal erinnert werden, sowie an den Plan für die gesamten Beziehungen Japans jetzt ein eigenes Kolonialamt zu errichten.

Das japanisch-amerikanische Abkommen, das offiziell China dem Schutze Japans unterstellt und Gebietsentfremdungen von China als unzulässig erklärt, tritt so ins Leben unter Anzeichen, die auf dauernden Verlust der zurzeit praktisch in japanischem Besitz befindlichen Gebietsteile Chinas hindeuten.

Ähnlich wird man den Programmsatz der offenen Tür bewerten müssen. Genau so, wie die Japaner es verstanden haben, trotz aller grundsätzlichen Betonung der Handelsfreiheit in der Mandschurei die fremden Konkurrenten aus dem Geschäft zu verdrängen, werden sie auch in China der Konkurrenz das Leben zu erschweren und sich weitgehende Vorrechte direkt oder indirekt zu sichern wissen. Man wird von der deutschen Beute den Löwenanteil nehmen, wird zahlreiche neue Konzessionen sich sichern und alte, mehr oder weniger zweifelhafter Natur, hervorholen und anerkennen lassen. Und die Amerikaner erhalten die Ehre, ihr Geld dem japanischen Chinageschäft anzuvertrauen, damit die japanischen Mittel gestreckt und das Risiko nach Möglichkeit abgewälzt werden kann. Baron Schibusara nimmt Morgan ins Schlepptau.

Wenn nun Amerika derartige Zugeständnisse an Japan in betreff China gemacht hat, dann ist andererseits nicht zu begreifen, daß Japan in Fragen der Kriegshilfe (Guthaben in Amerika, russische Munitionslieferungen und Kredite, Schiffsraum usw.) an Amerika wesentliche Zugeständnisse gemacht hat, wenngleich die Gestaltung der europäischen Kriegslage im Oktober Japan zu gute gekommen sein und Amerikas Forderungen bescheidener gestaltet haben wird.

Dr. P. Heile.

Chronik der Kriegsfinanzen

Die deutsche Reichsbank weist am 31. Oktober eine Vermehrung des Wechsel- und Schatzanweisungs-Portefeuilles um 194 Mill. auf 11 737 Mill. M auf. Im Vorjahre war die Belastung in der vierten Oktoberwoche um rund 60 Mill. größer. Der Betrag der umlaufenden Noten erhöhte sich um 262 Mill. auf 10,400 Mill., während die fremden Gelder um 49 Mill. auf 5686 Mill. zurückgingen. Der Metallbestand weist eine Erhöhung von 4,8 Mill. M (davon 0,2 Mill. M Gold) auf. Die Darlehnskassen haben in der Berichtswache Kredite in Höhe von 200,9 Mill. M gewährt. Ihr gesamter Darlehnsbestand ist damit auf 6738,5 Mill. M gewachsen. Von den ausgegebenen Darlehnskassenscheinen sind 167,9 Mill. M in den Verkehr geleitet. Der Bestand der Reichsbank ist daher nur um 33 auf 1012 Mill. M gestiegen.

Die Einzahlungen auf die siebente Kriegsanleihe haben sich auf 10 470, gleich 84 %, des bisher bekannt gewordenen Zeichnungsergebnisses erhöht. Die Darlehnskassen sind bisher für diese Anleihe nur mit 134,7 Mill. M in Anspruch genommen.

Der Umlauf an Kassenscheinen der Darlehnskasse Ober-Ost hat sich im Oktober von 118,7 auf 136,8 Mill. Rubel erhöht.

Die siebente österreichische Kriegsanleihe, über deren Begebung wir in der vorigen Abersicht berichtet haben, unterscheidet sich von der letzten nur ganz unwesentlich. Für die langfristige Anleihe ist der Begebungspreis wieder 92 1/2 %, für die (diesmal neunjährigen) Schatzscheine dagegen 94 1/2 %, gegen 94 bei der letzten Anleihe. Da die Banken 1/2 % vergüten und die Zeichner bei der langfristigen Anleihe eine einmonatliche Zinsenbonifikation erhalten, ist der wirkliche Zeichnungspreis 91 1/2 bzw. 94 %. Die Rentabilität der vierzigjährigen Anleihe

beträgt 6 1/2 %, die der Schatzscheine 6,4 %. Die Österreichisch-Ungarische Bank erhöht für die Zeichner die Lombardgrenze für festverzinsliche Wertpapiere von 75 auf 80 %. Die sechste Anleihe hatte in Österreich 5,2 Milliarden erbracht. Dieses Ergebnis glaubt man auch dieses Mal im ungünstigen Falle erzielen zu können.

Die neue ungarische Anleihe wird wieder in zwei Formen ausgegeben: als 6 % ewige Rente, kanonizinsbar ab August 1922, mit einer Realverzinsung von 6,3 %, und als 5 1/2 % ewige Rente, kanonizinsbar ab Mai 1925, mit einer der erhöhten Kursentwicklungschance entsprechend niedrigeren Verzinsung von 6,15 %. Die sechste ungarische Kriegsanleihe hatte 1,7 Milliarden erbracht.

*

Bei der Bank von England stieg nach dem Ausweis vom 1. November das Portefeuille um 2,2 Mill. auf 92,8 Mill. £. Das Guthaben des Staates erhöhte sich um 3,8 Mill. auf 53,8 Mill., während die privaten fremden Gelder um 1,9 auf 122,4 Mill. £ sanken. Der Barvorrat nahm um 487 000 £ auf 56 Mill. zu, der Notenumlauf um 791 000 auf 42,4 Mill.

Der Betrag der umlaufenden Staatsnoten erhöhte sich in der letzten Oktoberwoche von 167,7 Mill. £ auf 167,9 Mill. £, der der Kriegszertifikate von 18,1 Mill. auf 19,3 Mill.

Die „Daily News“ behaupten, daß trotz aller Sparfamkeitspropaganda die Regierungämter sich noch alle einer gewissen „Verachtung des Geldes“ schuldig machen. Es könnte sonst nicht vorkommen, daß im vierten Kriegsjahr noch 850 £ für die Bewachung eines einzelnen Amtes durch eine Schildwache ausgegeben werden. Der Generalstab werde noch immer nicht dazu

angehalten oder halte es für unvereinbar mit seiner Tätigkeit, sich um die Kosten seiner Politik zu kümmern.

Die ordentlichen Einnahmen des englischen Schatzamtes in der dritten Oktoberwoche betragen 10,6 Mill. £ (in der Vorwoche 8,2 Mill. £). Die Einkommensteuer erbrachte 1 Mill. (0,9), die Kriegsgewinnsteuer 4,1 Mill. (3,7), die indirekten Abgaben 2 Mill. (2,2). Die Ausgaben beliefen sich auf 42,6 Mill. £. Es waren also 32 Mill. durch Kreditaufnahme zu decken. Von Schatzwechseln wurden insgesamt 63 Mill. verkauft, 55,8 Mill. waren zurückzuzahlen, und es bleibt also nur ein Überschuss von 7,2 Mill. £ (in der Vorwoche 1916 6 Mill. £). Der Verkauf von Kriegsobligationen erbrachte 20,5 Mill. Die Zurückzahlung von kurzfristigen Vorschüssen erforderte 22,5 Mill. Dem Kriegsanleihe-Stützungsfonds wurden 2,6 Mill. zugewiesen, dem Guthaben des Schatzamtes in der Bank von England 1,6 Mill. Die Ankündigung, daß kein zweites Budget eingebracht werden wird, sondern daß man mit den bestehenden Steuern bis zum Frühjahr auszukommen hofft, hat die City mit Beruhigung erfüllt.

Einschließlich der neuen Kreditbewilligung in Höhe von 400 Mill. £ beliefen sich die Kreditbewilligungen für die ersten 9 Monate des laufenden Fiskaljahres auf 1900 Mill. £ gegen 2010 Mill. im ganzen Fiskaljahre 1916/17. Die zur Finanzierung des Krieges im ersten Vierteljahr 1918 erforderlichen Mittel werden im Laufe der Herbsttagung des Parlaments noch bewilligt werden müssen. Die Gesamtsumme der bisher bewilligten Kriegskredite beträgt 5692 Mill. £ und verteilt sich auf die Kriegsjahre wie folgt:

1914/15 (acht Monate)	362 000 000 £
1915/16	1 420 000 000 „

	Reingewinn £	Dividende (Stammaktien)		Dividende (Vorzugsaktien)		Rücklagen usw.	
		£	%	£	%	£	%
Brauereien	3 092 012	1 671 063	54,0	619 258	20,0	801 691	26,0
Kanal- und Dockgesellschaften usw.	82 049	37 369	45,5	27 614	33,6	17 066	20,9
Gaswerke	353 188	444 826	26,0	11 945	3,4	*103 583	*29,4
Hotels, Restaurants usw.	54 462	16 405	30,1	7 742	14,2	30 315	55,7
Eisen-, Kohlen- und Stahlwerke..	2 581 376	1 034 483	42,1	377 971	14,7	1 121 922	43,2
Grundstücks-, Hypotheken und andere Institute	945 699	612 964	64,8	138 895	14,6	193 837	20,6
Ulgesellschaften	1 831 761	1 528 335	83,3	106 300	5,8	197 126	10,9
Kautschufgesellschaften	1 453 177	843 657	58,0	17 596	1,2	591 924	40,8
Reedereien	1 635 062	706 267	43,1	85 613	5,2	843 182	51,7
Seeesellschaften	759 597	312 423	41,3	32 708	4,3	414 466	54,4
Telegraphengesellschaften	392 078	254 498	64,8	738	0,2	136 842	35,0
Textilindustrie	1 229 484	435 343	35,4	228 965	18,6	565 176	46,0
Straßenbahnen	25 631	4 887	19,0	2 850	11,1	17 894	69,9
Erzgesellschaften	440 775	243 930	56,3	47 770	10,8	144 075	32,9
Wasserwerke	95 201	71 985	74,8	18 629	19,4	5 587	5,8
Vermischte	3 284 958	1 223 240	37,5	694 619	21,1	1 367 099	41,4
*) Abnahme.	18 260 507	9 496 675	52,0	2 419 213	13,2	6 344 619	34,8

Das französische Kriegsanleihegesetz ist durch die Kammer so abgeändert worden, daß der Stützungsfonds durch monatliche Aberweisungen von je 60 Mill. Frs. auf 360 Mill. Frs. gebracht und auf dieser Höhe gehalten werden soll. Der Realertrag der Anleihe soll um den Betrag erhöht werden, um den der Umtausch von kurzfristigen Verbindlichkeiten des Staats 8 Milliarden übersteigt. Die im Ausland begebenen Stücke sind in diesen Zahlen nicht einzurechnen.

Der Zeichnungspreis ist auf 68,88 festgesetzt. Vom 1. November ab ist der Verkauf von Nationalverteidigungsobligationen eingestellt.

1916/17	2 010 000 000 £
1917/18 (bis heute)	1 900 000 000 „

Im dritten Vierteljahr 1917 sind im englischen Kapitalmarkt 57 Mill. £ aufgenommen, die den ersten 9 Monaten 1917 1 104,2 Mill. £, davon entfallen 1 038,5 Mill. £ auf die große Kriegsanleihe. Koloniale Regierungen durften 10,9 Mill. £ aufnehmen (i. V. 6,5). Englische Gemeinden sowie englische und auswärtige Eisenbahnen haben sich in diesem Jahr überhaupt nicht an den Kapitalmarkt wenden dürfen. Auf sonstige Unternehmungen entfallen 4 Mill. £ (i. V. 4,35).

Nach der Statistik des Londoner „Economist“ über Industrieerträge ist bei den 337 Unternehmungen, die ihre Abschlüsse im dritten Quartal veröffentlichten, eine Gewinnzunahme von nur 4,5 % zu konstatieren gegen 12 bzw. 11,4 % bei den Gesellschaften, die in den beiden ersten Quartalen ihre Berichte veröffentlicht haben. Der Rückgang wird von dem „Economist“ zurückgeführt auf die Vorausbezahlung von Kriegsgewinnsteuer und Munitionsabgabe. Von den einzelnen Gewerben zeigen eine Gewinnabnahme (gegen das Vorjahr) die Textilindustrie um 10,9 %, die Reederei um 11,8 %, Kanal- und Dockgesellschaften um 13,6 %, Gasgesellschaften um 32 %, Telegraphengesellschaften um 22,4 %. Eine Zunahme weisen auf u. a. die Gewinne der Brauereien um 25,8 %, der Kautschufgesellschaften um 39,8 % und der Hotels und Restaurants (infolge von Entschädigungen) um 849,7 %. Im Durchschnitt sämtlicher Gesellschaften, die bisher in diesem Jahr ihren Bericht veröffentlicht haben, ergibt sich auf ein gesamtes Stammkapital von 332,6 Mill. £ eine Durchschnittsdividende von 10,3 %, auf das Vorzugsaktienkapital in Höhe von 209,8 Mill. £ eine Durchschnittsdividende von 5,1 %. Auf die einzelnen Industriezweige verteilen sich die Gewinne wie folgt:

Die Reinerträge der Begebung von Nationalverteidigungsobligations stellten sich in der ersten Hälfte 1917 durchschnittlich im Monat auf 1 Mill. Frs. Die Ausgaben des letzten Vierteljahres 1917 werden auf 3 158 Mill. im Monat geschätzt, die wie folgt, ihre Deckung finden sollen:

	in Mill. Frs.
Nationalverteidigungsobligations	1 000
Nationalverteidigungsobligations	46
Resteinzahlungen der 5 proz. Anleihe	45
Vorschüsse der Banken von Frankreich, Algier usw.	429
Staatshaushaltsmäßige Einnahmen	459
Geld aus dem Auslande	940

Der „Statist“ schätzt die französischen Regierungsausgaben im laufenden Kalendernjahr auf 46 Mill. Frs. Davon entfallen nicht weniger als 33,9 Mill. auf die Schwebende Schuld, von der allein die Vorschüsse der Bank von Frankreich 12,2 Mill. Frs. ausmachen. Die Einnahmen des dritten Kriegsjahres zeigen im Gegensatz zu den beiden ersten Kriegsjahren mäßige Überschüsse gegenüber dem sogenannten Normalertrag:

	Steuerertrag	Normalertrag	Überschuß	in %
1. 8.—31. 12. 16	1 859 920	1 692 615	+ 167 305	+ 9,88
1. 1.—31. 7. 17	2 816 130	2 365 758	+ 450 372	+ 19,04
	4 676 050	4 058 373	+ 617 677	+ 15,22

Für die gesamte Kriegsdauer ergibt sich dennoch ein Fehlbetrag von 1188 Mill. = 9,18 % des Normalertrages. Die Steigerung der Einnahmen ist auf die erhöhten Einkünfte aus Zöllen (um 128,9 %), aus der Zuckersteuer (um 24,47 %) und aus der Nachlaßsteuer (um 34,9 %) zurückzuführen. Der Voranschlag der indirekten Steuern ist im allgemeinen überschritten. Es betrug

	die Schätzung	die Einnahme
für Mineralwasser	1 750 000	2 174 000
„ Theater usw.	4 083 000	4 757 000
„ Kaffee und verschiedene		
Kolonialerzeugnisse	29 500 000	47 952 000

Der Mehrertrag der Spiritussteuer blieb um 4 Mill. hinter dem Voranschlag zurück.

Das erklärte Steuereinkommen in Frankreich beläuft sich im Fiskaljahr 1917 auf 5854,5 Mill. gegen 2982,4 Mill. Frs im Vorjahr. Diese Steigerung wird darauf zurückgeführt, daß die Grenze des erklärungsspflichtigen Einkommens von 5000 auf 3000 Frs. herabgesetzt, und daß die Erklärung unter Zwang gestellt ist. Der Ertrag wird auf 183,3 Mill. Frs. geschätzt, bei einer Steigerung des Satzes von 10 auf 12 1/2 % auf 200 bis 250 Mill. Frs. Von der Gesamtsumme des erklärten Einkommens entfallen auf die Einkommenstufe von 3000—8000 Frs. Einkommen in Höhe von 985,4 Mill. und einem Steuerertrag von 2,2 Mill., bei einer Einkommenstufe von 8000—12 000 Frs. Einkommen in Höhe von 743,1 Mill. und einem Steuerertrag von 3,2 Mill. Mehr als die Hälfte des Gesamtsteuerertrages entfällt auf 3000 Jeniten mit einem Einkommen von je über 150 000 Frs. und einer Einkommenssumme von 1,2 Milliarden Frs., die weniger als 1/5 der Gesamtsumme des erklärten Einkommens ausmacht.

Bei den französischen Sparkassen beträgt der Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen vom 1. Jan. bis 20. Okt. 1917 nicht mehr als 120,8 Mill. Frs.

Die auswärtige Verschuldung Frankreichs war bis Ende Juli auf 13 1/2 Mill. Frs. gestiegen.

Die französischen Kriegskredite betragen einschließlich der für das letzte Vierteljahr 1917 im Oktober angeforderten, rund 103 Milliarden Frs. Dazu kommen Kredite an die Bundesgenossen mit 6,4 Milliarden und andere Ausgaben in Sonderbudgets, wie das der Lebensmittelversorgung mit 1,4 Milliarden.

Eine geregelte Ausgabenwirtschaft scheint noch immer nicht vollständig durchgeführt zu sein. So suchte der Munitionsmminister am 2. August, als die Kammer nach Bewilligung neuer Kredite auseinandergehen wollte, um vorläufige Genehmigung von 980 Mill. zum Ankauf von Automobilen bei der erstaunten Finanzkommission der Kammer nach. Durch den Finanzminister wurde das Gesuch erst einige Tage später befürwortet. Es stellte sich dabei heraus, daß irgendein Plan für die Anschaffung der Automobile von der Obersten Heeresleitung überhaupt nicht verlangt worden war. Für den Ankauf von Lebensmitteln im Ausland waren als Höchstgrenze 209 Mill. Frs. festgesetzt, die sich zwecks Leistung undvorhergesehener Zahlungen um 120 Mill. erhöhen sollten. Ende 1916 stellte es sich heraus, daß in Wirklichkeit für 728 Mill. eingekauft worden war. Auch die Ab-

rechnung des Lebensmittelministers am 31. März 1917 enthält unbewilligte Ausgaben in Höhe von 414 Mill. Frs. In dieser Abrechnung figurieren der Wert der Versorgungsflotte mit 91 Mill. (dafür noch geschuldet 26 Mill.), die Forderungen an verschiedene Schuldner für Getreide und Mehl mit 272 Mill., für Rohrzucker mit 36 Mill., für Rübenzucker und Zucker aus französischen Kolonien mit 6 Mill. Fremde Regierungen und französische Ämter schulden 46 Mill. Frs., das Ministerium selbst schuldet gagegen für Zucker 127, für Mehl 290 Mill. Frs.

Die Staatsschuld belief sich am 31. Juli auf 96 1/2 Milliarden. Der jährliche Mehrbedarf ist seit Kriegsbeginn um 3,2 Milliarden gestiegen, der Schuldendienst einschließlich 452 Mill. für Pensionen, erfordert für die schon bewilligten Kredite 4,7 Milliarden. Durch das ordentliche Budget sind jährlich 9 Milliarden zu decken. Da die gegenwärtigen Einnahmequellen nur 5 Milliarden erbringen, stehen neue Steuervorlagen in Aussicht.

Nach Angaben des italienischen Schatzministers Carcano in der Kammer am 24. Oktober betragen die Kriegskosten am 30. September 25 Milliarden. Der Durchschnittszinsfuß wurde von ihm mit 4,24 p. a. angegeben. Die Einnahmen sollen angeblich einen Überschuß von 2139 Mill. erbracht haben. Sie belaufen sich im 3. Vierteljahr 1917 auf 828,7 Mill., gegen 619,6 Mill. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die monatlichen Kriegskosten übersteigen 1 1/2 Milliarden. Die nordamerikanische Regierung hat Italien einen Kredit von 230 Mill. \$ zur Bezahlung von Kohlen und anderen in den Vereinigten Staaten gekauften Waren gewährt. Die italienischen Börsen sind unter der Einwirkung der kriegerischen Ereignisse bis Mitte November geschlossen worden.

Die belgischen Kriegskosten werden im Gegensatz zu den Mitteilungen eines in Belgien selbst gedruckten Blattes von der Regierung in Le Havre auf nur 3,3 Milliarden Frs. angegeben, wovon 987 1/2 Mill. Frs. auf Hilfgelder für die amerikanische Kommission entfallen sollen. Die belgische Quelle hatte die Schuld des belgischen Staates auf 12 Milliarden gegen 5 Milliarden vor Beginn des Krieges angegeben. Die Steigerung würde demnach 7 Milliarden Frs. betragen.

Der Kurs des Rubels ist in New York, wo er im Frieden auf 51 1/2 stand, Anfang September auf 17—18, Mitte September auf 11 1/2 cts gefallen.

Die russische Staatsbank weist am 29. Oktober einen „Kredit für den Ankauf von Waren für Rechnung des Staats“ in Höhe von 1296,6 Mill. Rbl. auf. Die kurzfristigen Schatzscheine vermehrten sich von 14 479,3 auf 15 221,5 Mill., Wechsel von 408,5 auf 454,1 Mill., Vorschüsse auf Wertpapiere von 1485,8 auf 1505,5 Mill. Das Guthaben des Staatsschatzes nahm von 223,8 auf 204,9 Mill. ab, das der Privaten nahm von 2491,0 auf 2520,6 Mill. zu. Der Notenumlauf stieg um 503 Mill. auf 18,36 Milliarden Rbl.

Die täglichen Kriegsausgaben werden auf 65 Mill. Rbl. angegeben, die im Ausland untergebrachten Anleihen auf 12 Milliarden. Der Gesamtertrag sämtlicher innerer Kriegsanleihen beträgt nach der Birschewija Wjedomosti bis Mitte September 10 1/2 Milliarden Rubel. „Wir haben alle Reforde geschlagen, fügt sie hinzu. Die Zeit der Zwangsanleihen ist unrettbar vorüber. Und eine weitere Zuhilfenahme der Papiergeldemission führt unaufhaltsam zum nahen finanziellen Krach.“

Die japanische Regierung, die vom Parlament die Ermächtigung erhalten hatte, 200 Mill. Yen zur Gewährung von

Unleihen zu verwenden, die den Verbündeten zur Finanzierung von japanischen Kriegslieferungen gewährt werden sollten, hatte zunächst Rußland 100 Mill. Yen überwiesen, um russische Schatzwechsel einzulösen. Am Anfang Oktober sind weitere 50 Mill. Yen der Anleihe ausgegeben, um zur Bezahlung russischer Kontrakte zu dienen. Unabhängig davon haben japanische Sparbanken 60 Mill. Yen russischer Schatzwechsel übernommen.

Die Regierung schreitet zur Ausgabe von 30 Mill. Yen Papiergeld in kleinen Abschnitten, um dem Mangel an Kleingeld abzuwehren.

Nach einer Pekinger Meldung vom 22. Oktober hat die Regierung der Vereinigten Staaten China mitgeteilt, daß sie sich das Recht vorbehält, an der geplanten Währungsanleihe von 10 Mill. £ sich zu beteiligen. Die Vereinigten Staaten treten damit in die Bankgruppe ein, die früher das Sechsmächte-Syndikat genannt wurde.

Die zweite nordamerikanische Kriegsanleihe scheint den erwarteten Ertrag von 5 Milliarden Dollar erbracht zu haben. Die Aberzeichnung der aufgelegten 3 Milliarden war auch nicht schwer ins Werk zu setzen, da von vornherein feststand, daß nur die Hälfte des überschießenden Betrages zugeteilt werden würde.

Die New Yorker Börse hat auf den Zusammenbruch der italienischen Front mit Kursrückgängen reagiert, die in wunderlichem Kontrast mit dem scheinbaren Gleichmut der Zeitungen stehen. Es notierten:

	24. 10.	31. 10.	3. 11.	5. 11.
Canadian Pacific	148	131 ¹ / ₄	134 ³ / ₄	134
Baltimore und Ohio ..	56 ³ / ₄	53 ¹ / ₈	51 ¹ / ₈	50 ³ / ₄
Bethlehem Steel	83 ¹ / ₈	70 ⁷ / ₈	78 ¹ / ₄	74 ¹ / ₂
Steele	104 ⁷ / ₈	100 ⁵ / ₈	95 ¹ / ₂	92

Das Projekt der Gründung einer argentinischen Staatsbank, die Banco de la Republica genannt werden sollte, ist infolge

der sehr geringen Unterstützung, die es im Senat fand, aufgegeben. Der Finanzausschuß des Senats hat der argentinischen Regierung geraten, zur Deckung dringender Ausgaben in Höhe von 487 Mill. Papier-Pesos (214,3 Mill. Pesos Gold), einschließlich eines budgetmäßigen Fehlbetrages von 100 Mill. Pesos Papier, eine Anleihe aufzunehmen, die bestehen könnte entweder in 7proz. Obligationen oder 5proz. Lotterie-Prämien-Anleihe oder in einer Kombination beider Typen. Nach einem andern Projekt sollen die Banken 4proz. Obligationen übernehmen und als „Reserve“ für ihre Verbindlichkeiten halten.

Die Kriegskosten Australiens werden bis Mitte 1918 auf 214,9 Mill. £ geschätzt. Durch ordentliche Einnahmen sind davon 25,8 Mill. £ gedeckt. Die Staatsschuld Gesamt-Australiens betrug Mitte 1917 169,2 Mill. £. Der Gesamtbetrag, der im Finanzjahr 1917/18 aufzunehmenden Anleihen wird von amtlicher Seite mit 64 Mill. £ angegeben. In den Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr sind die Einnahmen aus Zöllen und indirekten Abgaben mit nur 13,6 Mill. £ angesetzt gegen eine Ist-einnahme von 15,6 Mill. £ im Vorjahr. In dieser Reduktion ist eine Wirkung von U-Bootkrieg und Frachtraumnot zu sehen.

Ein „Zeichen der Zeit“ ist es auch, daß die 5proz. amortielle Liberia-Goldanleihe notleidend geworden ist. Der Zulicoupon, der nur 1400 £ erforderte, ist nicht eingelöst, obgleich mehrere Großmächte, darunter England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, die Patenschaft übernommen hatten und obgleich die Anleihe durch ein Pfandrecht auf Import- und Exportzölle sowie auf Summi- und Kopfsteuer hinlänglich gesichert schien. In der London City findet man die Haltung der „Garantiemächte“ ebenso unverständlich, wie die Tatsache, daß man die 5proz. montenegrinische Anleihe seit 2¹/₂ Jahren notleidend sein läßt, obgleich nur 30 000 £ erforderlich wären, um die Coupons einzulösen.

K. S

Bericht über den Weltmarkt für Getreide

(erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“)

Wir beginnen diesmal unseren Bericht mit der folgenden Veröffentlichung des „Internationalen landwirtschaftlichen Instituts“ in Rom über die diesjährigen Ernteergebnisse auf der nördlichen Halbkugel (Mengen in dz, 10 dz == 1 t):

Weizen			
	dz	gegen 1916 %	gegen Durchschnitt 1911/15 %
Spanien	38 398 000	92,6	112,7
Frankreich	39 482 000	70,8	53,4
Italien	38 102 000	79,3	76,7
Holland	940 000	73,3	60,2
Schweden	2 040 000	83,5	87,1
Kanada	63 068 000	105,2	90,9
Vereinigte Staaten			
Frühjahrs-Weizen	65 985 000	153,3	91,9
Algier	7 887 000	99,4	84,0
Roggen			
Spanien	6 189 000	84,7	96,0
Frankreich	6 994 000	82,6	66,3
Italien	1 133 000	83,5	86,5
Holland	3 037 000	104,2	77,1
Schweden	4 000 000	68,7	65,0
Kanada	1 077 000	146,4	182,3
Vereinigte Staaten ..	14 236 000	118,3	132,8

Gerste			
Spanien	16 710 000	88,4	103,5
Frankreich	8 981 000	107,8	96,5
Italien	1 616 000	73,4	77,2
Holland	560 000	108,5	79,0
Schweden	2 670 000	83,9	84,6
Kanada	11 253 000	125,1	108,1
Vereinigte Staaten ..	43 905 000	111,5	102,3
Algier	7 030 000	89,8	83,7
Hafer			
Frankreich	34 463 000	85,7	79,6
Italien	4 919 000	130,7	99,1
Holland	2 699 000	92,9	89,5
Schweden	10 270 000	76,0	91,8
Kanada	60 696 000	112,1	98,5
Vereinigte Staaten ..	229 441 000	126,3	128,5
Algier	2 650 000	138,9	142,9
Mais			
Spanien	7 000 000	96,2	99,6
Italien	22 000 000	106,2	82,2
Kanada	1 573 000	98,6	38,1
Vereinigte Staaten ..	815 574 000	124,3	116,6
Reis			
Italien	5 122 000	98,4	99,8
Vereinigte Staaten ..	6 788 000	81,7	131,6